

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Gabel & Comp. Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Gabel & Comp., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt.

Preis: einschließlich Frachtmonatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Trautschland monatlich 10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weismeserplatz 10. Tel. 25281.
Erscheinungszeit: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weismeserplatz 10. Tel. 25291.
Besprechungszeit: von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 gezeigten Spaltenzeilen 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die übrigen nach Vereinbarung. Die in der Zeitung veröffentlichten Anzeigen sind im Voraus zu zahlen. Ohne Berücksichtigung der Anzeigen in verschiedenen Tagen. Die Anzeigenzeilen sind 10 Zeilen hoch.

Nr. 259

Dresden, Sonnabend den 5. November 1921

32. Jahrg.

Große Koalition in Preußen?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Da die bürgerlichen Parteien auf die Verwirklichung der großen Koalition bestanden und in dieser Beziehung einen entscheidenden Willen kundgaben, blieb der sozialdemokratischen Parteiführung nichts anderes übrig, als sich für Annahme der Ablehnung einer Regierungskoalition zu entscheiden. Nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Koalition wurden 46 gegen 41 Stimmen für das Weiterverhandeln auf Grundlage der erweiterten Regierungsbasis abgegeben. Wenn auch im Augenblick noch nicht alle Schwierigkeiten, die einer Koalition von Sozialdemokraten bis zur Volkspartei im Wege stehen, beseitigt sind, so ist doch schon mit der großen Koalition zu rechnen. Der in Aussicht genommenen Ministerliste liegt folgende Verteilung vor:

Ministerpräsident: Leinert,
Ministerium des Innern: Sebering,
Ministerium für Handel und Gewerbe: Braun,
Justizministerium: Am Reuthoff,
Wohlfahrtsministerium: Zentrum,
Landwirtschaftsministerium: Wendorf (Demokrat),
Kultusministerium: Dr. v. Campe oder Dr. v. Hoelzig (Deutsche Volkspartei),
Finanzministerium: Dr. v. Richter oder Dr. Leidig (Deutsche Volkspartei).

Für die Regierungsbildung wurden vorläufig nachstehende Grundzüge vereinbart:

1. Zur Sicherung der Staatsordnung genügt nicht das äußerliche, rein formale Befehlsmittel der Beamtenhaft zur Sicherung der Verfassung. Die Beamten sind vielmehr, unabhängig der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung, im übrigen verpflichtet, die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität der gegenwärtigen Verfassung und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Ihre Verantwortlichkeit in dieser Hinsicht ist eine der Voraussetzungen für die Beizugung der Ämter, bei der auf die persönlichen Eigenschaften sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Kandidaten in erste Linie Gewicht zu legen ist.

2. Für die Schutzpolizei in Preußen gelten die vorstehenden Grundzüge, entsprechend den besonderen Verpflichtungen dieser Beamten.

3. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.
4. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinden unter Wahrung der Staatensouveränität.

5. Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.
6. Förderung einer durchgreifenden Justizreform.

7. Eine größere Selbständigkeit der preussischen Finanzen zu erstreben. Für Staat und Gemeinde sind möglichst eigene ausreichende Einnahmequellen zu erschließen. Hierbei ist der Weg nach Wahlgabe der von der Reichsregierung delegierten Besteuerungsmöglichkeit in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit heranzuziehen.

8. Abfederungsbereitungen von Preußen sind nicht zu unterlassen. Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten erklärt die Deutsche Volkspartei, daß etwaige Absichten, die Staatseinkünfte in Aktiengesellschaften umzuwandeln und diese Aktien in den Börsenverkehr zu bringen, nicht vorhanden sind. Es kann weiter festgestellt werden, daß über die Auseinandersetzungen des preussischen Staates mit der Krone überhaupt ein Einverständnis unter den Parteien nicht zu erzielen war.

Die S. R. schreibt dazu: Wir sind überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Volkspartei nicht dauernd sein wird, aber wir sind andererseits auch ganz klar darüber, daß ein einheitlicher und geschlossener Kampf, ein einheitlicher Entschluß zur Opposition in der Sozialdemokratie erst wieder vorhanden sein wird, wenn dieses Experiment der großen Koalition gescheitert ist. Um den Verzicht lassen wir doch nicht leicht herum, und wenn er jetzt angeht, so wenigstens ohne Sieger und Besiegten.

Wir behalten uns eine eigene Stellungnahme vor. Doch machen wir heute schon aus unsern allerersten Bedenken kein Hehl, der Deutschen Volkspartei gerade die beiden wichtigsten Ministerien auszuliefern, die über Steuern und Schule entscheiden.

Das neue preussische Kabinett

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 5. November. In der interaktionellen Sitzung am heutigen Vormittag einigten sich die Parteien nach dreistündigen Verhandlungen auf folgende vorläufige Ministerliste:

Präsident: Cser (Dem.)
Innere: Sebering (Soz.)
Landwirtschaft: Otto Braun (Soz.)
Handel: Seiering
Finanzen: Dr. v. Richter (S. R.)
Kultus: vorläufig noch unbefestigt (der Deutschen Volkspartei vorbehalten)

Wohlfahrt: Siegerwald (Zent.)
Justiz: Am Reuthoff (Zent.)
Am 1. Nov trat die sozialdemokratische Parteiführung zusammen, die über diese vorläufige Ministerliste eingehend Beschlüsse faßte. Ob die Verhandlungsbereitschaft bereits um 3 Uhr lahmgelegt war, die Wahl des Ministerpräsidenten endgültig vorzunehmen, ist noch unbestimmt. Eine Vertagung ist zu erwarten.

Karls Eril

Paris, 4. November. Aus einem Telegramm aus Jusschau auf der Insel Madeira ist zu ersehen, daß man dort einige Vorbereitungen für den Empfang Karls IX. und Jitas trifft. Es heißt sich also, daß die Internierung auf der Insel Madeira erfolgen wird. Jusschau ist eine kleine Stadt von etwa 20000 Einwohnern.

Von den Mern der Blatteness, wo der schändliche Kaiser Ausdruck fand, schaff man den Kaiser also nach einer nicht minder gut beleuchteten Weingasse. Offenlich demüht sich der Kaiser, um die Kaiserin, die im Kaiserpalast seinen Sommer im Traubenschnitt des Sädens zu ernteten.

Mehrheit für die Entthronung der Habsburger

Budapest, 4. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ergab sich bei der Abstimmung über die Frage, ob der Gegenwart zur Entthronung der Habsburger dringlich behandelt werden solle, daß die Anhänger der Thronentsetzung über eine Mehrheit verfügen. In der morgigen Sitzung wird voraussichtlich das Gesetz zum Beschluß erhoben werden. Seine tatsächliche Erledigung ist wohl vor allem der Erhaltung einer ungarischen, aber hier für gleichwertig gehaltenen Meinung zu verdanken, daß die Große Entente der Thronentsetzung zustimmt.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Gewerkschaftsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Sachsen fordert die Männer und Frauen des schaffenden Volkes in einem Aufruf zur

Arbeitsruhe am 9. November auf.

Die Sozialdemokratische Partei des Bezirks Dresden schließt sich diesem Aufruf an und ersucht die Parteigenossen und -genossinnen, in allen Betrieben, allen Arbeitsstätten für eine möglichst durchgehende Arbeitsruhe zu wirken. Mit dem Gewerkschaftsbund rufen wir unsere Genossen und Genossinnen zu:

Demonstriert am 9. November

für die Erhaltung der demokratischen Republik, für Verteidigung und Erweiterung der bisher errungenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte, gegen Reaktion, für Fortschritt und Freiheit.

Der Bezirksvorstand der SPD., Dresden.

und Jugoslawien die Ermächtigung zum Einmarsch in Ungarn geben werde, falls die Thronentsetzung bis Mittwoch nicht erfolgt sei. Daß die Karlisten trotzdem den Mut nicht verloren haben und feingedankt daran denken, ihre Tätigkeit für Habsburg einzusetzen, geht nicht nur aus der Stilleheit hervor, mit der sie in der Nationalversammlung auftraten und regelrechte Kravallereien veranstalteten, sondern auch aus der Erklärung, die Graf Apponyi im Namen der Legation abgegeben hat. Es wird in dieser Erklärung der Legation protestiert und erklärt, daß wegen die auswärtige Einmischung protestiert und erklärt, daß das unter ausländischem Druck zustande gekommene Gesetz zwar Gesetzeskraft habe, aber nichts an der gesetzlichen Mächtigkeits des Königtums der Habsburger ändern könne.

Die Kleine Entente nicht zufrieden

Eigene Drahtmeldung

m. Paris, 5. November. Die tschecho-slowakische Regierung hat der Vorkonferenz mitgeteilt, daß das ungarische Gesetz über die Thronentsetzung Karls nicht die Zustimmung der pragmatischen Sanktionen der Kleine Entente nicht befreit, da es die Möglichkeit einer späteren Rückberufung der Habsburger belassen läßt. Die Vorkonferenz wird heute beschließen, in Budapest eine weniger zweideutige Fassung des Gesetzes zu verlangen.

Der vorläufige Beschluß der durch den ungarischen Paragrafen hinderten Konvention wird durch einen Londoner Konflikt gegeben, wonach die Vorkonferenz die Kleine Entente zur Abklärung ihrer Streitfrage aufgefordert hat.

Klippen der englischen Außenpolitik

Am britischen Reich hat im Laufe dieses Jahres eine bedeutende Umwälzung stattgefunden — vornehmlich veranlaßt durch die Entscheidung der Vorkonferenz in den Vereinigten Staaten, die Forderung des Weltfriedens zu ihrem Ziel zu machen. Die Forderung des Weltfriedens ist ein Ziel, das die Vorkonferenz nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.

Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet. Die Vorkonferenz hat die Forderung des Weltfriedens nicht nur als höchstbedeutend, sondern auch als höchstbedeutend erachtet.